

# **Abschiebebeobachtung Frankfurt zieht Bilanz für 2025**

Über den Flughafen Frankfurt wurden im Jahr 2025 fast 40 Prozent der bundesweiten Abschiebungen abgewickelt. Seit 20 Jahren dokumentiert die ökumenisch getragene Abschiebebeobachtung den Verlauf von Rückführungsmaßnahmen am Flughafen und bewertet die Einhaltung menschenrechtlicher Standards. Im Jahr 2025 beobachtete die Stelle rund 2.000 Personen bei Rückführungsmaßnahmen, wie der jetzt veröffentlichte Tätigkeitsbericht festhält.

„Erneut wurde eine steigende Zahl von Fällen beobachtet, in denen besonders schutzbedürftige Personen von Rückführungsmaßnahmen betroffen waren“, sagte Melisa Ergül-Puopolo, eine der beiden derzeitigen Abschiebebeobachter:innen. „Hierzu zählen insbesondere Familien mit Kindern, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie Personen, die sich in Ausbildung oder Beschäftigung befanden“. Darüber hinaus sei es weiterhin zu Abholungen aus Krankenhäusern, Schulen oder dem familiären Umfeld gekommen, was für die Betroffenen häufig eine erhebliche Belastung darstellt, heißt es in dem Bericht.

Ein generelles Problem bleiben kurzfristig angesetzte Abschiebungen oder Maßnahmen mitten in der Nacht, insbesondere wenn Kinder betroffen sind. Wie bereits in den Vorjahren wurde zudem beobachtet, dass Kinder als Sprachmittler\*innen zwischen ihren Eltern und der Bundespolizei fungieren mussten. Auch Familientrennungen stellen eine besondere Belastung dar.

## **Mehr Abstimmung bei eingesetzten Ärztinnen und Ärzten**

Die medizinische Versorgung im Abschiebeprozess bleibt ebenfalls ein sensibler Bereich. Betroffene, Angehörige und Beratungsstellen berichteten, dass medizinische Termine, Behandlungen oder laufende Therapien aufgrund kurzfristiger Abschiebungen nicht wahrgenommen werden konnten oder abgebrochen wurden. Zudem ist die Begutachtung der Reisefähigkeit, das sogenannte „fit to fly“, durch begleitende Ärztinnen und Ärzte ein jährlich wiederkehrendes Thema. Die spezifische Aufgaben und die dafür erforderliche Qualifikation der eingesetzten Ärztinnen und Ärzte müssten stärker mit medizinischen Fachstellen und Landesärztekammern abgestimmt werden, fordern die Abschiebebeobachter:innen.

Als weiteren Kritikpunkt benennt der Bericht die teilweise unzureichende Information der Betroffenen über den Ablauf der Maßnahme, den Zielstaat und die rechtlichen Hintergründe. Dies führte insbesondere bei Dublin-Überstellungen zu Ängsten vor weiteren Abschiebungen. Nach gescheiterten Rückführungsmaßnahmen wurden Betroffene häufig am Flughafen entlassen, ohne dass ein Rücktransport organisiert worden war. Besonders für Menschen ohne ausreichende finanzielle Mittel oder ein soziales Unterstützungsnetz stellt dies eine erhebliche Belastung dar. Auch hierfür schlägt die Abschiebebeobachtung konkrete Verbesserungen vor: Sinnvoll wäre eine einheitliche Regelung, etwa die Verknüpfung der Entlassungspapiere mit einer Fahrkarte.

### **Kirchliche Träger fordern Verbesserungen**

Während der Bericht der Bundespolizei einen weitgehend professionellen und respektvollen Umgang mit den Betroffenen bescheinigt, sieht er bei den zuführenden Behörden der Länder weiterhin deutlichen Verbesserungsbedarf. Auf Grundlage ihrer Beobachtungen empfiehlt die Beobachtungsstelle, Fachstellen des Bundes und der Länder stärker in die Planung von Abschiebungen einzubeziehen. Zudem sollten Mitarbeitende der Behörden stärker für besondere Schutzbedarfe sensibilisiert werden. Dafür wollen sich die kirchlichen Träger auch weiterhin in ihren Netzwerken einsetzen.

„Viele Herausforderungen, die wir beobachten, kehren immer wieder und spiegeln die Probleme bei der Umsetzung menschenrechtlicher Standards wider“, sagte Diakoniefarrer Markus Eisele. „Die Politik forciert Abschiebungen, ohne die Probleme für die Betroffenen zu lösen.“

Dr. Karl Weber, Direktor des Caritasverbands für die Diözese Limburg, verweist auf Regelungen auf europäischer Ebene, die derzeit beraten werden. „Es ist für mich unverständlich, dass Abschiebehaft für Kinder rechtlich ermöglicht werden soll.“ Gemeinsam mit seinem evangelischen Kollegen ist er sich einig, dass die Standards in den bestehenden Verfahren für die betroffenen Menschen gewahrt werden müssen.

### **Zur Abschiebebeobachtung am Frankfurter Flughafen:**

Abschiebungen bringen Betroffene oft in extreme psychische Belastungssituationen, da die Hoffnung auf ein Bleiberecht abrupt endet und die Angst vor der Rückkehr in unsichere Herkunftsländer wächst. Die ökumenische Abschiebungsbeobachtung am

Flughafen Frankfurt schafft Transparenz in einem staatlichen Bereich, der der Öffentlichkeit weitgehend entzogen ist. Die Beobachter\*innen haben Zugang zu den Räumen der Abzuschiebenden. Sie sind nicht Teil des Vollzuges. Begleitet wird ihre Arbeit in Frankfurt durch das Forum Abschiebungsbeobachtung (FAFF)- Kirchen, Bundespolizei. Ländervertreter sowie Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen arbeiten dort zusammen, um die Situation besonders schutzbedürftiger Personen zu verbessern. Die Abschiebebeobachtung erstellt jährlich einen Bericht.

**[Tätigkeitsbericht 2025 der Abschiebungsbeobachtung Flughafen Frankfurt am Main zum Download](#)**